## **Presseinformation**



## Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin Claudia Jacob

Landeshaus Düsternbrooker Weg 70 24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500 Durchwahl: 0431 / 988 - 1503 Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 236.23 / 18.07.2023

## Die Reform des Jurastudiums muss bundesweit einheitlich sein

Zur heute im Kabinett beschlossenen neuen Juristenausbildungsverordnung, sagt der innen- und rechtspolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Jan Kürschner**:

Das Jura-Studium sollte von Grund auf komplett reformiert werden. Wegen der Vergleichbarkeit der Studienabschlüsse müsste dies aber bundesweit geschehen. Ansonsten liefen Jurist\*innen aus Schleswig-Holstein Gefahr, keinen Job oder keinen Referendariatsplatz in anderen Bundesländern zu erhalten.

Grundübel des Jura-Studiums ist der umfangreiche Pflichtfachstoff, auf den sich die Bundesländer 2017 in einem gemeinsamen Pflichtfachstoffkatalog geeinigt haben. Es wäre falsch, wenn Schleswig-Holstein sich aus diesem Prozess als einziges Bundesland ausgeklinkt hätte. In der Staatsexamensprüfung kann alles drankommen, was Teil des Pflichtfachstoffes ist. Wenn man bei der Falllösung der Klausur am Anfang eine falsche Abzweigung nimmt, besteht man die Klausur nicht oder nur mit schlechter Benotung, mit Folgen für den weiteren beruflichen Weg. Das führt zu einem großen psychischen Druck.

Um dem beizukommen, könnten die Universitäten ein echtes Bachelor-Master-Studium einführen. Um die Vergleichbarkeit des Studienabschlusses zu gewährleisten, müsste dies bundesweit geschehen. Auf kurze Sicht könnte die Christian-Albrechts-Universität mit der Einführung eines sog. integrierten Bachelors helfen, beispielsweise mit Erreichen der Zulassungsvoraussetzungen für das erste Staatsexamen. Ich werde darüber mit der Christian-Albrechts-Universität sprechen. Erfreulich ist, dass das Justizministerium nun auch seine Meinung geändert hat und ebenfalls für die Einführung eines integrierten Bachelors an der juristischen Fakultät ist. Das lässt für die Gespräche dort hoffen.